Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 2mal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: In den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 467.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. • Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

108. Jahrgang

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 5spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., Familien- u. kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 30 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr: Gesamtauft. 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr. Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes. Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Flegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 5. Fernsprech-Anschluß: Lützow 9971.

Nr. 44. Sonntag, den 25. Januar. 1914.

Das Wichtigste.

* Der Kaiser nahm am Sonnabend im Langen Stall zu Potsdam in Gegenwart eines großen militärischen Gefolges Rekrutenbesichtigungen der Garde vor. (S. Dtsch. Reich.)

* Als Nachfolger des zurückgetretenen Staatsministers Grafen von Vassewitz-Lovetzow ist der Staatsrat Dr. Langfeld zum mecklenburgischen Staatsminister ernannt worden.

* In Paris fand am Sonnabend das feierliche Leichenbegängnis des Generals Picquart auf Staatskosten statt. (S. Ausl.)

* Wie aus Petersburg verlautet, hat Rußland die Entsendung des geschützten Kreuzers „Oleg" nach Valona beschlossen.

* Für Pretoria sind die Preßzensur und andere Beschränkungen aufgehoben worden.

* In ganz Rußland und im Süden Frankreichs herrscht furchtbare Polarkälte. (S. Nachr. v. Tage.)

Umschau.

Leipzig, 24. Januar.

✻ Vor einigen Wochen, als der Jammerruf „Zabern!" am lautesten durch die Lande ging, schrieben wir an dieser Stelle, es sei trotz aller bösen Ereignisse und Zwischenfälle durchaus nicht einzusehen, weshalb Herr von Bethmann an dem Stande der Dinge und an sich selbst verzweifeln müsse; er brauche ja nur von neuem vor den Reichstag hinzutreten und das klärende Wort zu sprechen, das er am 3. Dezember nicht recht finden konnte, brauche nur dafür zu sorgen, daß man im Lande an seinen guten Willen, Recht und Unrecht abzuwägen, glaube. Und wie gerne hat man ihm geglaubt! Man war so zermürbt: man hatte den Hader so satt. Das ist nun für uns das Erfreuliche an dem gestrigen Tage: der oberste Sachwalter des Reichstages hat sich nicht wie Harras der kühne Springer auf die Felskuppe zutreiben lassen, von wo es nur einen Sprung auf Leben und Tod gab. Schon die Tatsache, daß der Kaiser mittlerweile die Nachprüfung der Dienstvorschriften für den Waffengebrauch des Militärs anordnete, bedeutet, wie der Kanzler ausdrücklich bestätigte, ein Zugeständnis im Sinne derer, die sich nicht über alles, was in Zabern geschehen ist, wie über die selbstverständlichste Sache von der Welt hinwegsetzen konnten. Wäre es nach den Scharfmachern gegangen, so wäre die Berechtigung eines Zweifels überhaupt nicht zugegeben worden. Was den Freispruch angeht, so hat sich der Reichskanzler weislich darauf beschränkt, festzustellen, daß Oberst v. Reuter durch die Dienstvorschrift gedeckt war. Er hat anderseits die Verfehlungen der Zivilbehörden zugegeben, aber er hat auch auf das allerschärfste die nach dieser Seite hin gerichtete Verallgemeinerung, als sei ganz Elsaß-Lothringen Feindesland und von einer hochverräterischen Bevölkerung bewohnt, abgewiesen. Wer hat denn aber diese Hetze betrieben? Das war doch nicht die radikale Presse, die Herr v. Bethmann an anderer Stelle tadelte, sondern waren die „Kreuzztg.", die „Deutsche Tagesztg.", die „Post" und besonders die „Rheinisch-Westf. Ztg.". Das war auch Volkshetze! Was das letztgenannte Blatt in seiner Verranntheit zu leisten imstande ist, dafür lieferte es erst heute wieder einen Beweis, indem es die Belästigung des Kronprinzen durch einen Irrsinnigen unter der fetten Ueberschrift bringt: „Ein Wackes hinterm Kronprinzen." Aus den angefügten kritischen Bemerkungen fühlt man ordentlich den Schmerz über die sofortige polizeiliche Feststellung heraus, wonach es sich um einen jener Vorfälle handelt, wie sie hochstehende Persönlichkeiten oft erleben — ein regelrechter Wackes-Anschlag, das hätte offenbar dem Blatte am besten in den Streifen gepaßt. Das übertrifft noch Herrn v. Oldenburg-Januschau, der nach seiner Thorner Rede kein besseres Rezept für die Elsaß-Lothringer weiß, als „ihnen die Hosen stramm zu ziehen!" Genug. Nicht was „Politiker" von diesem Schlage für der Weisheit letzten Schluß ansehen, geht uns an, sondern was der Reichskanzler will, und er will für die Reichslande eine feste und gerechte Regierung. Gut, mag man nun den Ton mehr auf das eine oder andere Wort legen, mag man die Andeutung eines baldigen Regierungswechsels herushören: jedenfalls ist keine Rede davon, daß Elsaß-Lothringen der Wackes wegen wie ein wildes Land behandelt, wie ehemals die „böhmischen Wälder" in Verruf erklärt werden soll. Der Reichstag hat sich heute mit allen Stimmen gegen die der Konservativen für den Antrag der Nationalliberalen entschieden, der den Reichskanzler auffordert, das Ergebnis der angekündigten Nachprüfung der Dienstvorschriften baldigst bekanntzugeben. Daß der Rechten selbst dieses maßvolle Begehren noch zu viel war, erklärt sich zur Genüge aus ihrer ganzen Haltung. Unter keinen Umständen, das ist ihr augenblicklicher politischer Glaubenssatz, darf dem Reichstag irgendwie ein Zugeständnis gemacht, ein Entgegenkommen gezeigt werden. Nicht im kleinsten Punkte soll er Recht behalten. Aber so stolz sich diese Geberde ausnimmt: die Sieger waren sie bei dieser Abrechnung so wenig wie die Sozialdemokratie.

Nieder mit der Demokratie! Das ist nun einmal das Schlagwort, womit die konservative Presse jede gerechte Erwägung von Schuld und Verhängnis abzutun, ja jede Regung der Vernunft zu ersticken suchte. Es ist fast so, als sei für sie nicht mehr der Sozialismus der „innere Feind" — aller Groll und Haß richten sich gegen die bürgerlich-nationalen „Demokraten". Vergebens fragt man sich, wie die eigentlich so plötzlich hochgekommen sind, daß sie zur Gefahr werden konnten? Sind es wiedererstandene alte „Hambacher" mit den verbotenen Bärten, großen Hüten und schwarz-rot-goldenen Schnüren?! An solchen Spuk konnte man fast glauben, wenn man den vom Preußenbund veranstalteten Preußentag auf sich wirken ließ. Verklungen und vergessen ist die Zeit, da mit Fug von den „moralischen Eroberungen" Preußens gesprochen wurde. Wenn irgend etwas über dieses trübe Zeitbild zu trösten vermochte, so war es der vollkommene Mißerfolg dieser Großtat des partikularistischen Junkertums. Seine Kundgebung ist ja förmlich erstickt an der eigenen Torheit, an dem Wust von politischem Unverständnis. Die Veranstalter konnten höchstens im Stadium der ersten augenblicklichen Begeisterung etwa glauben, sie hätten der staunenden Welt einen förmlichen Vulkanausbruch beschert; aber abgesehen davon, daß an der Spree für solche Naturwunder kein Boden ist — die Illusion war von gar zu kurzer Dauer. Denn als der graue Montag auf den erhebenden Sonntag folgte, sahen sie mit Schrecken, was man angerichtet hatte, und mußten sich eilig dran geben, Irrtümer und Mißverständnisse aufzuklären, Entschuldigungen abzufassen. Da kam Frhr. v. Pechmann und wehrte sich, daß er von dem Vorsitzenden, Herrn Syndikus Rocke, im Handumdrehen aus einem Bayern zu einem im Borussentum aufgehenden Preußen umgestempelt worden war; da mußte ein anderer Redner, Generalleutnant a. D. v. Kracht, an den Kriegsminister schreiben, daß er mit seiner Erzählung von den bei Orleans verzagenden Bayern nichts gegen deren rühmliche Tapferkeit und nichts von der überlegenen „Courage" der Preußen gesagt haben wollte, worauf man sich natürlich frug, weshalb er denn überhaupt die ganze Geschichte vorbrachte, und was der merkwürdigen Berichtigungen mehr waren. Es hatte eingeschlagen, und war es nur ein kalter Schlag — die bayrischen Kriegervereine gingen hoch, Telegraph und Telephon arbeiteten zwischen München und Berlin, und wenn auch durch die glaubwürdige Versicherung des Herrn v. Kracht, sich nichts Schlimmes gedacht zu haben (er verfiel sogar auf eine merkwürdige Unterscheidung zwischen dem Begriff „Courage" und der deutschen „Kurasch"), der erste Bayernzorn beschwichtigt wurde, so wird doch der in Berlin angeschlagene Ton noch lange nachhallen. Das haben eben die Herren in ihrem Preußeneifer nicht bedacht, wohl auch nicht bedenken wollen, daß aus dem Walde herausschallt, was hineingerufen wird. Fängt der preußische Partikularismus an zu schreien — nun, der bayrische hat auch eine gute Lunge. Fühlt sich der preußische Junker verärgert durch die auch im Innern wachsende Macht des Reiches, nun in Bayern, Württemberg, Baden gibt es Patrioten, die sich gleichfalls beschwert fühlen, nur mit dem Unterschied, daß sie weniger unter dem Druck des Reiches als unter dem preußischen Zugwind zu leiden glauben. Kurzum: wenn erst einmal die eifersüchtige Aufrechnerei losgeht, das gegenseitige Ausmessen und Bekritteln, dann werden wir aus dem Aerger nicht herauskommen. Ueber einen Umstand kommen wir nicht so leicht weg: das Auftreten des junkerlichen Preußentums ist doch zugestandenermaßen zum guten Teil auf die letzte Steuergesetzgebung des Reiches, die Vermögenszuwachssteuer, zurückzuführen. Das war der „Uebergriff", den ja leider auch, und zwar zu allererst die sächsische Regierung zum Ausgang einer politischen Gegenwehr gemacht hat; einer Gegenwehr, die aus Sorge um die Landesfinanzen unternommen, wirken mußte wie eine Aufforderung an die schlummernden partikularistischen Kräfte, sich geltend zu machen. Wir haben damals vorausgesagt, daß diese Wirkung eintreten würde, auch wenn man in Dresden zunächst nichts wollte, als gegen eine Fortsetzung der Reichsfinanzpolitik auf dem Wege der direkten Besteuerung Verwahrung einlegen. In Preußen ist dieser Gedanke, dem Reiche auf die Hände zu schlagen, wie der Preußentag zeigt, mit Wohlgefallen aufgegriffen und entsprechend „ausgebaut" worden. Mit einer Gewissensverhärtung ohnegleichen wird die Tatsache übergangen, daß jene Steuerbescherung doch auf das allerengste verbunden war mit der Wehrvorlage, und da können wir uns nicht helfen: in diesem Hinterherlaufen, in dieser Nachträglichkeit, in diesem zornigen Getue wegen des leidigen Bezahlens einer nationalen Rechnung steckt das eigentlich Widerwärtige. Hier hätte der Reichskanzler, der gestern vortreffliche, warme Worte über den Reichsgedanken sprach, seinen Widersachern einmal gründlich die Wahrheit sagen sollen, ihnen, den Vorbildern aller preußischen Tugenden! Er hätte auch sagen können, daß es die bayrische Regierung war, die unmittelbar nach der Beschlußfassung über die Steuergesetze diesem, ja diesem Reichstag durch die „Bayr. Staatsztg." die rückhaltlose Anerkennung für seine „nationale Tat" aussprechen ließ. Mancherlei hat der Preußenbund nach seiner Tagung „berichtigen" müssen. Nicht berichtigt wurde das dem Reichstag geltende Schmähwort von der „gemischten Gesellschaft", der „Rotte". Aber auch eine andere Berichtigung blieb aus: Es wurde gemeldet, der Kaiser und König habe auf die Begrüßung des Preußenbundes nicht geantwortet, und bis jetzt ist dem nicht widersprochen worden. Dagegen ist heute zu dem Ueberfluß an nachträglichen Aktenstücken ein anderes gekommen: die Erklärung der konservativen Partei. Sie will als Partei mit dem Preußentag nichts zu tun gehabt haben. Herr von Heydebrand hat zwar den Preußentag im Namen der Partei begrüßt, hat sich zu seiner Sache feierlich bekannt, hat ihm den allerbesten Erfolg gewünscht, wie dies auch Herr Rösicke im Auftrag des Bundes der Landwirte getan hat, aber, aber ... An dem Mißerfolg des Preußenbundes, an den Mißverständnissen will sie keinen Anteil haben. Und war doch Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut und Geist von ihrem Geiste. Und waren doch mit ihre Besten und Getreuesten, wozu wir nun auch Herrn Rocke zählen dürfen, da er wohl kaum noch auf sein Stückchen nationalliberaler Vergangenheit pochen wird. — Ob wir bald wieder einen Preußentag erleben werden?

Herr Delbrück und die Sozialpolitik.

⊙ Gegen das sozialpolitische Programm, das dieser Tage Staatssekretär Delbrück im Reichstage vorgetragen hat, melden sich allerhand Einwände. Man ist nicht gleich so grob wie die Sozialdemokraten, die ihn kurzerhand — auch dort liebt man die harte Gedankenarbeit nicht sehr und freut sich, so man ein längst geprägtes Schlagwort zur gefälligen Benutzung bereit findet — einen „Unternehmerknecht" schalten. Aber man gibt dem Staatssekretär doch zu verstehen, daß er insgeheim dem Leipziger Kartell der schaffenden Stände sich ergeben hätte, und wieder andere meinen: er hätte nur schöne Redensarten produziert; versuchte man zuzupacken, so griffe man ins Leere. Wir haben die Rede gehört und wir haben sie nun auch im Stenogramm gelesen, und wir finden: man tut Herrn Delbrück unrecht; man hat ihn mißverstanden. Daran ist ja kein Zweifel, daß die Zeiten des Grafen Posadowsky vorüber sind. Aber das liegt doch nicht nur an dem Unterschied in Wesen und Temperament des damaligen Staatssekretärs und des von heute. Liegt zu sehr wesentlichen Teilen vielmehr an den Zeiten selber. Zu deutsch also: an uns und unserer Art sich zu diesen Problemen zu stellen. Ein Minister, der etwa in der Weise des Grafen Posadowsky, in tief aus dem Innern quellenden Sätzen, den auf des Lebens Sonnenseite Pilgernden wie ein Bußprediger den Spiegel vorzuhalten versuchte, wäre heute schlechthin unmöglich. Er würde kein Echo finden und niemand würde ihm folgen. Es ist nun einmal nicht zu verkennen, daß wir alle — auch ihre wärmsten und ehrlichsten Freunde — der Sozialpolitik ein wenig müde wurden. Die bürgerliche Gesellschaft hat, die Dinge ganz allgemein gesehen, den Wunsch, von der Arbeit, die es unter dem Einfluß anderer Impulse in den Vorjahren für die arbeitenden Schichten vollbracht hatte, bei der Sorge für die eigene sich zu erholen. Wobei es denn auch nicht an Leuten fehlt, die der Meinung sind, daß anderen Gruppen die Lebensnot nicht minder hart auf den Nägeln brennt, als dem Handarbeiter.

Derlei kritische Zeitläufte zwingen einen Staatsmann, der nicht jede Wirkungsmöglichkeit von vornherein sich abschneiden will, zu Rücksicht und Maßhalten. Rückt man die Delbrückschen Ausführungen erst einmal in diese Zusammenhänge, dann wird man zugeben müssen, daß der Staatssekretär die abfällige Kritik kaum verdiente. Gewiß, im einzelnen scheint auch uns, daß Herr Delbrück sich vergriffen hat. Solange das Verkehrsgewerbe so gut wie ungeschützt ist, solange für die in den Gastwirtschaften und Hotelbetrieben Tätigen Arbeitszeit und Ruhepausen kaum ernstlich geregelt wurden, kann man natürlich nicht sagen, daß „die gesetzgeberische Arbeit auf diesem Gebiet nahezu erschöpft" sei. Aber das geht, wie gesagt, nur auf Einzelheiten. Höher gilt uns, daß der Minister das Gerede des Herrn Ludwig Bernhardt, seiner Schüler und seiner Nährväter von den verhängnisvollen Folgen der deutschen Sozialpolitik abwies und sich dabei auf die verdienstliche Schrift des Präsidneten Kaufmann vom Reichsversicherungsamt berief, in der bekanntlich der sich fürchterlich breitende Reuste unter den Berliner nationalökonomischen Ordinarien gründlich abgeführt ward. Im übrigen hat Herr Delbrück in den Schlußsätzen manches hübsche Wort über Wert und Bedeutung sozialer Reformen für die Wohlfahrt der Nation gesagt. Hat auch nachdrücklich betont, daß es auf diesem Felde nie einen Stillstand geben wird, weil schließlich immer neue Probleme auftauchen werden.

Und nun sollten wir uns allgemach darüber klar zu werden versuchen, warum wir denn überhaupt Sozialpolitik treiben. Man pflegt von einem utopischen Sozialismus zu reden, indem man die Gesellschaftsdichtungen der Owen, Saint-Simon, Fourier, Louis Blanc, Proudhon der sogenannten Wissenschaftlichkeit der Marx und Engels und ihrer Kommentatoren und Popularisatoren gegenüberstellt. Ganz ähnlich, scheint uns, könnte man von einer utopischen Sozialreform sprechen; nur ist hier die Epoche der Utopisten noch nicht völlig abgeschlossen. Was die ersten Pfadfinder und Wegbahner auf diesem spröden und undankbaren Gebiete trieb, war die Sehnsucht nach dem sozialen Frieden. Den glaubten sie zuversichtlich über diese friedlose Welt heraufführen zu können, wenn die Menschen nur ein wenig verständiger würden und ihre Rezepte befolgten. Und so empfahlen sie nacheinander „Wirtschaftliche Vereine" und Kooperationsgenossenschaften, Gewerkvereine und Einigungsämter, gewerbliche Sondergerichte und staatliche Zwangsversicherung. Das alles haben wir zum größeren Teil mit mehr oder weniger Geschick verwirklicht. Aber den sozialen Frieden haben sie uns nicht beschieden. Der schwebt noch immer in jenen fernen, fernen Höhen, wo als Zielpunkte ihres Mühens und Strebens, verheißungsvoll winkend und doch stets von neuem zurückweichend, dieser darbenden, hastenden Menschheit die Ideale hangen. Und wird dort hangen bleiben. Es gibt keine Naturgesetze in der Volkswirtschaft; es gibt auch in der Welt des Willens und dem vom jeweiligen Recht geleiteten und begrenzten sozialen Organismus keine Institutionen, die mit der mathematischen Logik unabänderlicher Naturgesetze zu wirken vermöchten. Was Arbeiterschutz und Versicherungsgesetzgebung uns nicht gebracht haben, werden auch die Organisationen, die hüben und drüben sich ja nun zu immer gewaltigeren Massen zusammenballen, nicht bescheren. Und die Tarifgemeinschaften, so sehr sie sich vielfach bewährt haben und künftig noch bewähren werden, ebensowenig. In allen menschlichen Institutionen stecken nun einmal die Keime zu Mißbrauch und Mißtrauen, und immer noch hat die Praxis, die es mit leidenschaftlichen und nicht durchweg von den edelsten Motiven bewegten Menschen zu tun hat, Komplikationen offenbart, an die der frommme Eifer der Theoretiker nicht dachte.

Damit also werden wir uns abzufinden haben: für chiliastische Hoffnungen hat diese bresthafte Erde keinen Raum. Aber noch hat auch kein Mensch an das Verschwinden der Krankheiten geglaubt, und trotzdem hören unsere Mediziner nicht auf, zu forschen, und die Sanitätspolizei erweitert mit allem Fug von Jahr zu Jahr den Bereich ihrer Tätigkeit. Nicht viel anders steht es mit der Politik der sozialen Reformen. Der soziale Friede ist eine Utopie, und wer von der Sozialreform ein Aufhören der Sozialdemokratie erwartet, ist ein kümmerlicher, engherziger Kärtner. Sozialpolitik will um ihrer selber willen (richtiger: um der Volksgesundheit willen, der leiblichen sowohl als auch der seelischen) getrieben sein. So gesehen, ist es einfach ein Interesse der Allgemeinheit, daß die Millionen, die über keinen anderen Besitz verfügen als über die Kraft ihrer Hände, nicht auf Gedeih und Verderb der Uebermacht überantwortet werden, die, wie Menschenart einmal ist, die Verführung zu Eigensucht und Profitgier leicht in sich schließt.

Nur über die Methoden der Sozialreform könnte, nun die Epoche der Utopie im Verdämmern ist, vielleicht die Diskussion von neuem eröffnet werden. Wir dehnen unsere staatliche Zwangsversicherung immer weiter aus: von der Handarbeiterschaft greift sie nun schon auf die Mittelschichten über. Wie weit können wir in solchem Beginnen wohl fortfahren, ohne zugleich die Grundlagen unserer wirtschaftlichen Ordnung, die (so haben wir doch gelernt) auf der Selbstverantwortlichkeit des selbst wirtschaftenden Individuums beruht, mit anzutasten? Und dann, bedeutsamer, zwingender, dringlicher als alle Versicherung: der Arbeiterschutz! Den haben wir bisher zu verwirklichen gesucht, indem wir in mühseliger und ermüdender Kleinarbeit, oft ohne rechten Zusammenhang mit der Praxis (soll heißen: mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern), noch öfter spät, wenn das Leben die Dinge schon selbsttätig zurechtgerückt hatte, ein Gesetzchen an das andere und Novelle zu Novelle fügten. Führte es am Ende nicht eher ans Ziel, wenn wir zunächst, studentisch gesprochen, für gute und gleiche Waffen sorgten und der Arbeiterschaft den Boden ebneten, von dem aus sie dann auf dem Weg freier Vereinbarung mit den Unternehmern sich auseinandersetzen könnte?

Immerhin: Gesetze allein tun's nicht. Auch in Sozialpolitik und sozialer Reform bleibt das beste im freien Verkehr von Mensch zu Mensch zu leisten. Eine Verwaltung, die grundsätzlich und tatsächlich jedem Staatsbürger ohne Unterschied des Standes und der Parteiung mit derselben Unvoreingenommenheit nahte, und eine Gesellschaft, die es ebenso machte, könnten Wunder wirken. Wir sollten alle zusammen versuchen, gerechter zu werden.

Was wird der Wehrbeitrag in Sachsen einbringen?

Wenn wir diese Frage aufwerfen, so läßt sich die allgemeine Antwort dahin geben, daß es unmöglich ist, die Höhe des Wehrbeitrags in Sachsen annähernd zu beziffern. Es gibt nämlich kein einziges Steuersystem in Deutschland, das einer Berechnung des Wehrbeitrages zugrunde gelegt werden kann. Am allerwenigsten beim Einkommen. Zwar ist für die Veranlagung des Wehrbeitrages vom Einkommen ein einfacher und feststehender Tarif gegeben. Aber dadurch, daß von dem festgestellten Einkommen 5 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens in Abzug gebracht werden, tritt gegenüber der Einschätzung zur Staatseinkommensteuer eine vollständige Verschiebung ein, so daß diese Einschätzung keinen auch nur einigermaßen